

Haushaltsrede DIE LINKE 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratsmitglieder, sehr geehrte Herforderinnen und Herforder,

wir danken Matthias Möllers und den Mitarbeiter_innen der Stadtverwaltung für das Aufstellen des Haushalt.

Der Haushalt setzt an manchen Stellen begrüßenswerte Akzente. Gleichwohl beurteilen wir ihn prinzipiell so wie in den Vorjahren. Denn die strukturelle Unterfinanzierung kommunaler Haushalte entspricht ziemlich genau der monetären Höhe der in den letzten Jahrzehnten nach und nach beschlossenen Steuerreformen bzw., schärfer formuliert, der Höhe der parlamentarisch beschlossenen Steuergeschenke für einflussreiche Lobbygruppen.

Die so ermöglichte Maximierung von Kapitalertrags- und Unternehmensgewinnen geht zu Lasten der erwerbstätigen Menschen und führt zu einer gesellschaftlich immer einseitigeren, die Demokratie gefährdenden Umverteilung privaten und öffentlichen Vermögens von unten nach oben. Reichtum auf der einen Seite bedingt Armut sowie Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden auf der anderen Seite. Die Gewinne werden privatisiert und die Verluste sozialisiert. So weit, so schlecht.

Weil, und das ist gut so, mehr junge Familien nach Herford ziehen, steigt der Bedarf an Kita-Plätzen; die Stadt muss darum dieser Entwicklung Rechnung tragen. Deswegen finden Überlegungen, den Neubau der Kita „An der None“ vorzuziehen, unsere Unterstützung. Außerdem befürworten wir die Einführung der Herford-Karte und deren Ausweitung auf die Gruppe der Geringverdiener, die Wohngeld beziehen; ebenso die Weiterentwicklung der Stadtteilzentren, welche die verstärkte Teilhabe finanziell bedürftiger sowie älterer, vereinsamter Menschen zum Ziel haben.

Positiv bewerten wir darüber hinaus, dass 21 neue Stellen geschaffen werden sollen. Gleichwohl ist ein weiterer Personal-Bedarf vorhanden. Der Rat hat ohne linke Zustimmung mehrheitlich den Erwerb und die vorübergehende Aufstellung von Containerwohnungen für Studierende der Fachhochschule für Finanzen beschlossen. Hätte diese millionenschwere Lösung, die sich aus der verfahrenstechnischen Verzögerung der geplanten Ausbaustufe ergeben hat, bei einem höheren Personalbestand vermieden werden können?

Meine Damen und Herren, die städtischen Mitarbeiter_innen in den verschiedenen Dezernaten leisten ihre Arbeit oft an der Belastungsgrenze; und wenn überraschende Bedarfe auftreten, ist dann keine Kapazität mehr vorhanden, um zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Die kurzfristig notwendige Akquise von regulärem Wohnraum wäre möglicherweise zu schaffen gewesen, wenn mehr Personal zur Verfügung gestanden hätte.

Die zwei geplanten neuen Mitarbeiter der City-Wache, die durch mehr Präsenz, Kontrollen und Ansprachen bezüglich Alkoholverbot, Müll, Hundekot, Zigarettenfilter oder Kaugummi für mehr Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit sorgen sollen, wären ein Beispiel dafür, dass personalmäßig durchaus etwas möglich und machbar ist, wenn der politische Wille, der in diesem Fall nicht unserer ist, vorhanden gewesen wäre. Die Linke lehnt das beschlossene Alkoholverbot in bestimmten Bereichen der Innenstadt weiter ab, weil es unserer Auffassung nach arme und suchterkrankte Herforder_innen diskriminiert und weil wir es auch für juristisch fragwürdig halten.

Wir wünschten uns bundespolitisch von den Genoss_innen in der SPD die Einsicht, dass ihre langjährige Politikpraxis des nur scheinbar erfolgreichen (Mit-)Regierens, die sich, wie das Beispiel der unsäglichen Hartz-Gesetze zeigt, gegen die Interessen einer großen Mehrheit der Bürger_innen gewendet hat, zu den gravierenden und letztlich zu den kontinuierlichen Stimmenverlusten geführt hat, welche momentan in Land und Bund die Mehrheitsfähigkeit demokratischer, sozial gerechter Positionen verbaut hat und die bedauerlicherweise eventuell auf lange Sicht hin einen Politikwechsel links der Mitte verhindert.

Meine Damen und Herren, wechselnde Mehrheiten aber, das zeigen die Abstimmungen der letzten Jahre im Herforder Stadtrat immer mal wieder, machen das politische Leben bunt und beugen zudem der Politikverdrossenheit vor. Die Linke fordert eine Rekommunalisierung auch des Öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV). Dem Antrag der SPD-Fraktion zur Prüfung einer Umstellung des ÖPNV in Herford werden wir daher ebenso zustimmen wie dem Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen bezüglich „Mieterstrom in Liegenschaften der WWS“. Beide Initiativen stellen Schritte dar auf dem Weg in die Energiewende. Wir bedauern in dem umweltpolitischen Zusammenhang, dass der Antrag der Linken bezüglich Glyphosatverzicht durch die Verwaltung von der Tagesordnung der Ratssitzung genommen worden ist. Demnächst wird die Debatte darüber im Bau- und Umweltausschuss zu führen sein.

Unser Nein bzw. Enthaltung zum Haushalt 2018 bedeutet also nicht, dass wir Investitionen in städtebauliche Infrastruktur wie die Entwicklung der Konversionsflächen oder Investitionen für soziale und ökologische Zwecke nicht auch konstruktiv und kritisch befürworten können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Wolfram Hüffner

(Fraktionsvorsitzender)

Inez Déjà

(Ratsfrau)